

Pressekonferenz, 18. August 2021

INSM-Bildungsmonitor 2021

Statement

Hubertus Pellengahr Geschäftsführer Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Corona hat viel verändert und viel verhindert. Auch die Art und Weise, wie der INSM-Bildungsmonitor veröffentlicht wird, hat Corona verändert. Aber verhindert hat sie ihn nicht. In diesem Sinne herzlich willkommen zur 18. Ausgabe unseres Bildungsmonitors. Gleich wird Ihnen Prof. Plünnecke die wichtigsten Ergebnisse erläutern und darlegen, was aus Sicht der Bildungsexperten des Instituts der deutschen Wirtschaft zu tun ist. Und es gibt ganz sicher sehr viel zu tun. Wer etwas genauer wissen will, wie viel zu tun ist und vor allem was zu tun ist, stößt in Deutschland aber nach wie vor auf ein zentrales Problem: der Zugang zu Daten. Nein, ich will jetzt hier nicht die Debatte um den Datenschutz beim Fernunterricht mit Zoom, Teams oder sonst einer Plattform aufwärmen. Uns geht es um die Daten zu unserem Bildungssystem. Es gibt nach wie vor zu wenig und die wenigen sind zu oft zu schwer zu bekommen. Und es fehlt die Vergleichbarkeit. Das ist, so vermuten viele, kein Zufall. Die Bildungsverantwortlichen in vielen Ländern haben ganz offensichtlich ein großes Interesse daran, sich nicht mit ihren Kolleginnen und Kollegen in den anderen Ländern vergleichen lassen zu können. Aber auch innerhalb der Länder fehlt es an Vergleichbarkeit. So wie es aussieht, werden die anstehenden Lernstandserhebungen hier in Berlin nicht nach einem einheitlichen Konzept ablaufen, sondern jede Schule macht ihre eigenen Tests. Wie will man so Brennpunkte erkennen? Wie will man zielgerichtet dort besonders viele Lernangebote machen, wo sie am meisten gebraucht werden? Eine sinnvolle Verteilung der knappen Ressourcen ist so nicht möglich.

Aber kommen wir zu den Daten, die Prof. Plünnecke und sein Team auswerten konnten. Erneut erzielen Sachsen (1.) und Bayern (2.) die beste Ergebnisse. Auf Platz drei landet Hamburg, das sich wie das Saarland (5.) verglichen zum Jahr 2013 deutlich verbessert hat. Das Mittelfeld reicht von Hessen (7.) bis Brandenburg (15.). Mit Abstand Letzter ist Bremen. Der Grund: Der kleine Stadtstaat ist Schlusslicht bei den Bereichen Schulqualität, Bildungsarmut und Integration, was sich negativ auf die Gesamtbewertung auswirkt.

Aber in einem Punkt sticht Bremen in diesem Jahr heraus. In einer Befragung unter Eltern schulpflichtiger Kinder haben in Bremen mit 42 Prozent relativ die meisten Eltern gesagt, dass sie zufrieden oder sehr zufrieden mit dem Lernangebot während Corona waren. Was nichts daran ändert, dass fast genauso viele – nämlich 39 Prozent – unzufrieden oder sehr unzufrieden sind. Unter den Blinden ist der Einäugige König. Auf der anderen Seite der Skala liegt Sachsen-Anhalt. Hier sind 68 Prozent unzufrieden mit den Lernangeboten im

vergangenen Schuljahr und nur 21 Prozent zufrieden. Mehr dazu erläutert Ihnen gleich Prof. Plünnecke.

Der Befund: Im Bildungsmonitor zeigen sich insgesamt nur noch sehr geringe Fortschritte gegenüber dem Bildungsmonitor 2013 – dem aktuellen Refenzjahr. Die größten Rückschritte gab es bei der Schulqualität (-17,9), bei der Integration (-14,9) und bei der Reduzierung von Bildungsarmut (-3,5). Der aktuelle INSM-Bildungsmonitor bildet datenmäßig den Zeitraum 2018 bis 2020 ab und beschreibt damit die Herausforderungen bis zum Beginn der Corona-Krise. Aktuellere Daten in der Breite sind nicht verfügbar. Wobei wir wieder beim Anfangsthema wären und den zentralen Forderungen der INSM.

Mit vergleichbaren Tests müssen die individuellen Lernstände der Schülerinnen und Schüler festgestellt werden. Anschließend muss mit gezieltem Förderunterricht und digitalen Lernangeboten nachgeholfen werden. Dazu müssen die Lehrkräfte weitergebildet und durch 20.000 IT-Fachkräfte von administrativen Aufgaben entlastet werden. Und: die Bundesländer müssen die ihnen zur Verfügung stehenden Daten den Bildungswissenschaftlern zugänglich machen. Die Kultusministerkonferenz kann dabei eine zentrale Rolle spielen, wenn sie sich für Transparenz und Vergleichbarkeit starkmacht. Dann klappt das auch mit dem Wettbewerb um die besten Bildungsangebote. Eine bessere Investition für mehr Chancengerechtigkeit und in die Zukunft unseres Landes gibt es nicht.